**Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit
Mecklenburg-Vorpommern (GSE) e. V.
Landesstelle für Globales Lernen in Mecklenburg-Vorpommern**

Goethestr.1
18055 Rostock
Tel: 0381/4 90 24 10
Fax: 0381/4 90 24 91
Email: info@gse-mv.de
Web: <http://www.gse-mv.de>

SATZUNG

Präambel

Der Verein Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern (GSE) e. V. ist aus der Landesstelle für Globales Lernen in Mecklenburg Vorpommern des Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit (GSE) e.V. hervorgegangen.

Als Außen- bzw. Landesstelle ist sie seit 1990 in Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der entwicklungspolitischen-, Eine-Welt-Bildungsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit aktiv.

§ 1 Name und Sitz des Vereins, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein heißt Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern (GSE) e. V. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
- (2) Sitz des Vereins ist Rostock.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Charakter, Ziel und Tätigkeitsbereich des Vereins

- (1) Der Verein trägt privaten Charakter. Er ist parteipolitisch wie konfessionell unabhängig.
- (2) Ziel des Vereins ist
 - a) die Förderung der Entwicklungshilfe, insbesondere die Durchführung von Projekten der solidarischen und partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit in Entwicklungsländern durch das Einwerben und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen, wie beispielsweise der Trinkwasserversorgung und der schulischen Bildung
 - b) die Förderung der Erziehung und der Volksbildung durch schulische und außerschulische Bildungs-, Informations- und Jugendarbeit
 - c) die Förderung der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses der Völker durch Jugendaustausch, interkulturelle Seminare und Begegnungen.
- (3) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen

nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins können alle Personen ab 16 Jahre und juristische Personen werden, die bereit sind, sich für die Verwirklichung der Ziele des Vereins einzusetzen und die Satzung anzuerkennen. Die Mitarbeit von Interessenten unter 16 Jahren ist möglich.
- (2) Jede natürliche Person hat eine Stimme. Über die Stimmenanteile juristischer Personen entscheidet der Vorstand bei Aufnahme. Der Stimmenanteil aller juristischen Personen darf 25 Prozent der Gesamtstimmen nicht überschreiten.
- (3) Die Aufnahme erfolgt durch den Vorstand auf schriftlichen Antrag. Der Beschluss ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen, er muss nicht begründet werden. Im Falle der Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller innerhalb eines Monats nach Zugang der schriftlichen Mitteilung Einspruch beim Vorstand einlegen. Hilft der Vorstand dem Einspruch nicht ab, hat er die Angelegenheit der nächsten Mitgliederversammlung vorzulegen. Vor Entscheidungen der Mitgliederversammlung ist die Anrufung eines ordentlichen Gerichts nicht zulässig.
Die Aufnahme juristischer Personen ist durch die Mitgliederversammlung zu bestätigen.
- (4) Für die Beitrags- und sonstigen finanziellen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt geschäftsfähiger Mitglieder haften diese und deren gesetzliche Vertreter als Gesamtschuldner.
- (5) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss bei schweren Verstößen gegen die Satzung des Vereins, Nichteinhaltung der Beitragsordnung oder Tod. Der Ausschluss wird vom Vorstand beschlossen und bedarf der Bestätigung durch die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

§ 4 Struktur des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung (§ 5)
- b) der Vorstand (§ 6)

§ 5 Die Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Sie wird in mit einer Einladungsfrist von mindestens 14 Kalendertagen einberufen, das erfolgt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung.
- (2) Die Mitgliederversammlung berät und beschließt über
 - a) den Bericht des Vorstandes über das vergangene Geschäftsjahr
 - b) den Bericht der Revisoren
 - c) den Plan für das neue Geschäftsjahr
 - d) die Höhe des Mitgliedsbeitrages

- e) die vorliegenden Anträge
 - f) Wahlen nach Ablauf der Amtszeit des Vorstandes bzw. der Revisoren.
- (3) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung erfordert die einfache Mehrheit der erschienenen Mitglieder.
 - (4) Satzungsänderungen sowie vorgezogene Wahlen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.
 - (5) Sind auf der Mitgliederversammlung Wahlhandlungen auszuführen, ist eine Wahlkommission zu bilden. Ihre Mitglieder dürfen nicht selbst zur Wahl stehen oder Leitungsfunktionen im Verein ausüben.
 - (6) Über die Mitgliederversammlung ist eine von den Sprechern und einem beauftragten und von der Versammlung bestätigten Protokollführer zu unterzeichnende Niederschrift anzufertigen.
 - (7) Außerordentliche Mitgliederversammlungen werden einberufen, wenn
 - a) der Vorstand es beschließt oder
 - b) mindestens ein Viertel der Mitglieder sich schriftlich dafür ausspricht.

§ 6 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und besteht aus mindestens drei natürlichen Personen, darunter 2 Sprecher, dem Schatzmeister und weiteren Vorstandsmitgliedern.
- (2) Die Amtszeit des Vorstandes beträgt in der Regel zwei Jahre. Vorgezogene Neuwahlen sind möglich, wenn der Vorstand es beschließt oder sich mehr als fünfzig Prozent der Mitglieder dafür aussprechen und eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen lassen. Der Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt.
- (3) Jedes natürliche Mitglied des Vereins kann als Kandidat zur Wahl in den Vorstand vorgeschlagen werden oder sich selbst vorschlagen.
- (4) Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt in direkter Wahl in einem Wahlgang. Auf Antrag kann eine geheime Wahl durchgeführt werden. Als gewählt gelten die, der beschlossenen Anzahl gemäß, vorn rangierenden Kandidaten. Liegt Stimmgleichheit vor, gehen die betreffenden Kandidaten, wenn erforderlich, in eine gesonderte Stichwahl. Bei nochmaliger Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- (5) Die Sprecher und der Schatzmeister werden durch die Vorstandsmitglieder direkt gewählt. Bei Stimmgleichheit an der Spitze erfolgt eine Stichwahl. Ergibt sich wiederum Stimmgleichheit, entscheidet das Los.
- (6) Der Vorstand kann in begründeten Fällen und durch einstimmigen Beschluss Mitglieder kooptieren. Das Kooptieren ist auf der nächsten Mitgliederversammlung zu begründen und zu bestätigen.
- (7) Die Sprecher organisieren und leiten die Arbeit des Vorstandes. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.

- (8) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung ist durch die Mitgliederversammlung zu bestätigen.
- (9) Der Vorstand ist verpflichtet, die Geschäfte des Vereins auf der Grundlage des geltenden Rechtes sowie der Satzung gewissenhaft zu führen.

§ 7 Die Revisoren

- (1) Die Amtszeit des Revisors/ der Revisoren beträgt zwei Jahre.
- (2) Jedes natürliche Mitglied des Vereins kann als Kandidat für den Revisionsausschuß zur Wahl vorgeschlagen werden oder sich selbst vorschlagen. Die Kandidaten dürfen keine Leitungsfunktion im Verein ausüben oder hauptamtlich beschäftigt sein.
- (3) Der Revisor/die Revisoren überprüfen die Kasse, die Führung der Konten und die gesamte Geschäftsführung. Der Vorstand und die Geschäftsführung sind verpflichtet, dem Revisor/ den Revisoren jederzeit Prüfungen zu ermöglichen und sie zu unterstützen. Über die Prüfung sind Protokolle anzufertigen.
- (4) Der Revisor/ die Revisoren erstatten der Mitgliederversammlung einen Bericht.

§ 8 Die Geschäftsführung

- (1) Der Vorstand kann einen Geschäftsführer bestellen oder die Geschäftsführung an ein Mitglied des Vorstandes übertragen. In beiden Fällen ist die Bestätigung des Beschlusses durch die nächste Mitgliederversammlung einzuholen. Das gilt ebenso für die hauptamtliche Ausübung der Geschäftsführung. Ist weder ein Geschäftsführer noch ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied eingesetzt, so fungiert der Vorstand als Geschäftsführender Vorstand.
- (2) Aufgabe der Geschäftsführung ist es, die laufenden Geschäfte des Vereins nach Maßgabe der Satzung und der Beschlüsse des Vorstandes zu führen.
- (3) Je nach Umfang der Geschäftstätigkeit können eine Geschäftsstelle eingerichtet und Mitarbeiter hauptamtlich eingestellt werden. Die Dauer ihrer Beschäftigung und ihre Vergütung werden durch Beschluss des Vorstandes festgelegt.

§ 9 Abberufung von Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern anderer gewählter Organe

Vorstandsmitglieder und Mitglieder anderer gewählter Organe können durch die Mitgliederversammlung abberufen werden, wenn sie dauerhaft ihren satzungsmäßigen Pflichten nicht nachkommen oder nicht nachkommen können. Sie können ferner abberufen werden, wenn sie auf sonstige Weise Vereinsinteressen erheblich zuwiderhandeln.

§10 Vereinsstrafen

- (1) Bei Verstößen von Vereinsmitgliedern und/oder Vereinsmitarbeitern gegen die Satzung und die Vereinsdisziplin kann der Vorstand die Sanktionen der Verwarnung und des Verweises anwenden. Die Sanktionen werden vom Vorstand einstimmig beschlossen und schriftlich mitgeteilt und begründet.

- (2) Die Sanktionen Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts für Vereinsämter (zeitweilig oder auf Dauer) und Ruhen der Mitgliedschaft auf Zeit werden von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes gegen Vereinsmitglieder und Mitarbeiter des Vereins bei schweren Verstößen gegen die Satzung und/oder die Vereinsdisziplin angewendet. Der Beschluss der Mitgliederversammlung bedarf der einfachen Mehrheit

§ 11 Finanzierung, Eigentumsverhältnisse und Haftung

- (1) Die Finanzierung des Vereins als Organisation erfolgt durch
 - a) Mitgliedsbeiträge
 - b) Spenden
 - c) Zuwendungen und Zuschüsse
 - d) weitere Mittel im Rahmen der Vorschriften des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts.
- (2) Die Finanzierung der konkreten Aufgaben des Vereins erfolgt durch projektbezogene
 - a) Spenden
 - b) Zuwendungen und Zuschüsse
 - c) Kooperation mit Betrieben, Organisationen und Einrichtungen
 - d) weitere Mittel im Rahmen der Vorschriften des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts.
- (3) Das Vermögen des Vereins trägt kollektiven Charakter. Es ist unteilbar.
- (4) Der Verein haftet bis zur Höhe seines Vermögens.
- (5) Die Konten werden zentral geführt und sind jederzeit durch den Revisoren oder durch andere, staatlich zugelassene und beauftragte Prüfungsorgane kontrollierbar.

§ 12 Vertretung im Rechtsverkehr

- (1) Der Verein wird durch die beiden Sprecher jeweils einzeln gerichtlich und außergerichtlich vertreten.
- (2) Im Rahmen der Geschäftsstelle können Entscheidungsbefugnisse und Unterschriftsberechtigungen per Vollmacht vom Vorstand an Mitarbeiter und Vereinsmitglieder übertragen werden.

§ 13 Die Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln eingeleitet werden. Dafür ist eine gesonderte Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke ist das Vermögen des Vereins, nach Abzug der bestehenden Verbindlichkeiten, an das Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V. zu übergeben. Das Vermögen des Vereins ist unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützig oder mildtätige Zwecke zu verwenden, d..h.

für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden. Beschlüsse über die Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung durch das zuständige Finanzamt ausgeführt werden.

§ 14 Schlussbestimmungen

- (1) Der Vorstand kann redaktionelle Änderungen dieser Satzung vornehmen, sofern dies im Rahmen der Eintragung seitens des Vereinsregisters oder des Finanzamtes gefordert wird.
- (2) Die Satzung tritt am Tage ihrer Genehmigung in Kraft

Rostock, 22.10.2008